Krakauer Zeitung.

Nr. 282. Montag den 11. December 1865.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierspaltige Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel und Hamburg, und Herr Herzog in Lemberg.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben bei der Finanzlandes-Direction in Ofen provisorisch zum Finanzlandesdirector den bisherigen Vorstand der Finanzlandesdirectionsabtheilung in Ofen Hofrath Joseph Ritter von Marcher, zu dessen Stellvertreter den bisherigen Vorstand der Finanzlandesdirectionsabtheilung in Oedenburg Hofrath Ferdinand Ritter von Litzelhofen, endlich zu Oberfinanzräthen die Oberfinanzräthe Ignaz Rauscher und Alois von Motusz, dann den Finanzrath Wenzel Burghauser allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 27. November d. J. dem Gemeinen Sebastian Alfredo der lombardisch-venetianischen Militärpolizeiwachcorps-Abtheilung für die mit aufopferndem Muthe vollführte Rettung eines Menschen vom Tode des Ertrinkens das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Grafen Geyza Brunswick de Korompa die k. k. Kämmererswürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 26. November d. J. dem Statthaltereisecretär bei der Statthalterei für Tirol und Vorarlberg Johann Wieser aus Anlaß seines Uebertrittes in den bleibenden Ruhestand den Titel eines kaiserlichen Rathes taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. December d. J. die an der höheren landwirthschaftlichen Lehranstalt zu Ungarisch-Altenburg erledigte fünfte Professorsstelle mit den systemmäßigen Bezügen dem außerordentlichen Professor an dieser Lehranstalt Dr. Carl Reitlechner allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 2. December d. J. der Freiin Eugenie von Beust einen im adeligen weltlichen Damenstifte am Hradschin zu Prag erledigten Stiftplatz allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Justizminister hat den Hülfsämterdirectionsadjuncten beim Landesgerichte in Linz Joseph Schmidt zum Hülfsämterdirector daselbst ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 11. December.

Sr. Majestät getreueste Opposition.

* Unser Vaterland ist von einem gewaltigen Gährungsprozeß ergriffen. Kein bürgerliches, kein rechtliches, kein commercielles, kein staatliches Verhältniß, an welches die Neuzeit mit ihren gebieterischen Lehren nicht herantritt, mächtig mahnend zur Neugestaltung, zum Betreten neuer Wege, zum Bruch mit dem hergebrachten, veralteten.. Ueberall drängt es zur Lösung seither unbeachteter Probleme, neue Factoren treten allenthalben auf und begehren miteinbezogen zu werden in die früher so einfache Rechnung. Recht und Gesetz, Arbeit und Verkehr, Kunst und Wissenschaft rufen laut nach Licht und Luft, nach frischem Flügeltraum; auf materiellem, auf geistigem, auf religiösem und ethnischem Gebiet machen sich unabweisbare Forderungen geltend. Unser Gerichtswesen verlangt nach neuen Formen, die Verwaltung erheischt zweckmäßigere Institutionen, der Geschäftsgang Vereinfachung des Individuum; die Gemeinde, die Nationen fordern Befreiung von unnöthiger Bevormundung, das Recht der Selbstbestimmung; der Staatsorganismus fordert neue leichtere Gliederung, Zoll- und Finanzwesen benöthigen durchgreifender Reform. Handel und Wandel, die geräuschvolle Thätigkeit der Hände, das stille Walten der Geister verlangt nach Entfesselung vom hemmenden Zwang, der Verkehr im Innern wie nach Außen, nach Freiheit der Bewegung, nach neuen Bahnen und Wegen; Arbeit und Absatz, Production und Capital sollen einander näher gerückt werden, allüberall gilt es neu zu schaffen, befruchtend, belebend einzuwirken; nicht genug an dem, auch die Form, in welcher sich dieser Entwicklungsproceß vollziehen soll, ist jetzt der Gegenstand einer ernsten an Regierung und Völker gestellten Frage, auch die Grundzüge unseres Verfassungslebens sollen neu gezogen werden. Jede Frage auf innerem Gebiet hat einen acuten Charakter angenommen und ebenso treten die Fragen auf dem äußeren Gebiet mit ungleich größerer Schärfe und Dringlichkeit an die Lenker des Staates heran, gestalten sich zu eigentlichen Principienfragen, deren Entscheidung ihre Nachwirkungen auf Jahrhunderte hinaus üben wird und deren Lösung um so bedächtiger erwogen werden muß, als beinahe jede derselben bei der vielgliedrigen Zusammensetzung der österreichischen Völkerfamilie einen durchgreifenden, oft verhängnißvollen Einfluß auf die Verhältnisse im Innern üben muß.

Die deutsche Frage spitzt sich nachgerade zu einer Frage über die Suprematie in Deutschland zu; das Jahrzehnte lang vermiedene Wort wird endlich müssen gesprochen werden und bald sich zeigen, ob wir dort, wo Oesterreichs Banner von jeher über allen anderen geweht, einen neuen Freund geworben, einen alten Rivalen behalten oder einen offenen Gegner gefunden. Welch' eine gewaltiger Rückwirkung es auf die Ausgleichung der Gegensätze im Innern haben muß, ob nun Oesterreich in Deutschland das Uebergewicht gewinnt oder zur Aufrechthaltung seiner Stellung ein Gegengewicht im Innern suchen muß, brauchen wir blos anzudeuten. Die deutsche Frage, und so paradox dies auch lauten mag, die ungarische, ist, wie wir wiederholt ausgeführt, für Oesterreich wesentlich eine Frage der Macht, sie ist zugleich die Frage der Allianzen, sie wird es entscheiden, welchem Zug unsere auswärtige Politik in der Zukunft folgen wird und wir müssen gestehen, daß dieser Zusammenhang die Entschlüsse über die einzunehmende Position nicht erleichtert.

Die italienische Frage und die mit ihr im Zusammenhang stehende römische sind vorzugsweise theoretische, sind Principienfragen. Beide lassen sich in die Formel auflösen, ob es vortheilhafter, an den Traditionen der Legitimität, an den Forderungen des historischen Rechtes festzuhalten, oder ob es gerathener ist, den neu geschaffenen, nicht mehr zu übersehenden Verhältnissen Rechnung zu tragen und über der Pietät, mit welcher die positive Autorität in Kirche und Staat gepflegt wurde, die dringenden Mahnungen der materiellen Interessen nicht länger zu übersehen, in beiden liegt die schwere Wahl eines Bruches mit einer ehrenvollen, durch ihre Consequenz achtenswerthen Vergangenheit.

Die polnische Frage hat an ihrem internationalen Charakter noch nichts eingebüßt, im Gegentheil, der Gedanke, Führer und nicht mehr Wächter der polnischen Nation zu sein, wird der Regierung nahe gelegt und auch hier gälte es, die schwere Wahl zwischen der sogenannten Solidarität der conservativen Interessen und der Conservirung solidarischer nationeller Interessen, zwischen der h. Allianz und der Allianz mit den eigenen Völkern; aber auch hier handelt es sich um die Besiegung von Schwierigkeiten, wie sie etwa im Mikrokosmos der Frage über die Ordnung der internationalen Diöcesenverhältnisse spiegeln und selbst hier als beinahe unüberwindbar sich darstellen.

Daß Oesterreich immer und immer aufmerksame Seitenblicke nach Osten, auf die Länder an der untern Donau zu werfen hat, dafür wird bestens gesorgt.

Diese Darstellung erhebt nicht den Anspruch, erschöpfend zu sein, nur in höchst allgemeinen und flüchtigen Zügen sollten die Schwierigkeiten geschildert werden, mit welchen die Männer der neuen Regierung zu kämpfen haben, in kurzen aber um so drastischeren Andeutungen sollte nachgewiesen werden, welche schwer zu befriedigende Forderungen an dieselben von allen Seiten gerichtet werden, und welche Riesenaufgabe sie sich gestellt und ihnen zu bewältigen bleibt.

Wir haben versucht, dieses Bild der Gesammtlage zu geben, um darauf hinzuweisen, daß es nicht recht gethan sei, die Schwierigkeiten der Lage noch durch unzeitiges Drängen, durch ungerechte Vorwürfe, durch ungerechtfertigte Prätensionen zu vermehren und wie Unrecht es sei, namentlich jenen Mann, der die Lösung der inneren staatsrechtlichen Fragen angebahnt, die Neugestaltung des Staatsorganismus auf sich genommen, überallhin bestimmend und belebend eingreifen soll, für die Unmöglichkeit, in so kurzer Zeit greifbarere Resultate seines unermüdlichen Wirkens zu geben, verantwortlich zu machen, ihm und nur ihm die Unbehaglichkeit und Unerquicklichkeit eines Uebergangs-Stadiums zur Last zu legen und sich zu geberden, als wäre noch nichts gethan, als wären die Wege und Ziele des neuen Ministeriums nicht deutlich erkennbar und die Errungenschaften, deren wir uns Dank seiner Thätigkeit auf mehr als einem Gebiet erfreuen, gleich Null zu achten. Welche harte Worte, welch' ungeheuerliche Beschuldigungen sind ferner nicht auf den Tribünen in einzelnen Landtagen gefallen. Abermals, wie wir es zu den Zeiten der Agonie unseres Reichsrathes bis zur Uebersättigung, bis zur Entrüstung hören mußten, wurde Oesterreich als am Rand des politischen und finanziellen Verfalles stehend, vom Marasmus heimgesucht, als gänzlich isolirt dargestellt, auf jeden nur aufzufindenden Fleck schonunglos hingedeutet, jede offene Wunde mit kaustischer Schärfe geätzt und eine Schilderung unserer Zustände gewagt, die, wären sie wirklich derart, dringender zu thätiger Mithilfe bei Beseitigung derselben, aber nicht zu böswilliger Bloslegung auffordern müßten. Man spreche nicht von nothwendiger Selbsterkenntniß, das ist Selbstschmähung, das ist keine „Cantilene der Staats-Leiden", wie die „Presse" meinte, das sind Gassenhauer, mit denen man um das Gelächter des Pöbels und der gedankenlosen Menge buhlt. In Frankreich, in England, in Italien und selbst in Preußen verstummt die Opposition an dem Puncte, wo es sich um die Ehre, um den Ruhm des Vaterlandes handelt. In Preußen sehen wir sogar das eigenthümliche Schauspiel, daß die erbittertetsten Gegner eines Bismarck seinen ehrgeizigen auf Erhöhung der Macht des Landes abzielenden Plänen zujauchzen, während bei uns der Mangel an Patriotismus mit der Selbstgefälligkeit und Leichtfertigkeit einer Kokette auftritt und für ein zustimmendes Nicken, für den Beifall einiger Schreier, für den Kitzel kümmerliche, nach der Lampe riechende, sorglich ausgeklügelte Witze als Improvisationen darzustellen, Ehre und Selbstachtung in die Schanze schlägt. Niemand, dem das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt, verkennt die Mängel, an deren Hebung gegangen werden muß, die Schäden, an deren Heilung ernstlich zu denken, Niemand, am wenigsten die Zahl der Männer, die an der Spitze der Geschäfte stehen, übersieht die Schwierigkeiten, die sich der Neugestaltung des Staates in den Weg legen; eine nur allzu gerechte Forderung ist es daher, daß diesen Männern, welche redlich das Beste wollen und mit bestem Wissen und Gewissen anstreben, die ihre äußersten Kräfte an die Erreichung eines mühsam zu erringenden Zieles setzen, nicht unnöthige Hindernisse bereitet und Schwierigkeiten von einer Seite geschaffen werden, von woher sie am wenigsten zu erwarten.

Am lautesten predigen gegen den neugeschaffenen Zustand der Dinge die Koryphäen des zeitweilig brach liegenden Parlamentarismus; sie schreien Feuer, noch ehe es brennt und jammern um eine Verfassung, um die Güter des constitutionellen Lebens, die ihnen noch nicht entzogen, die durch kaiserliches Wort verbürgt und nirgends in Frage gestellt sind; sie legen Trauer an um die Februar-Verfassung, als wäre diese einer Verbesserung nicht mehr fähig, als wäre diese ohne Octroyirung und Contumazirung durchzuführen und aufrechtzuhalten; ihnen war es gar zu wohl in der Fiction, in welcher sie sich wie in einer endlosen Kreislinie bewegt; sie haben den Schein liebgewonnen und wehren sich gegen das Bemühen, die leere Form mit Geist zu füllen und einen Boden für unser Verfassungsleben zu finden, auf welchem alle Völker der österreichischen Monarchie sich zu vereinigen vermögen, mit ihrem dünkelhaften Pochen auf Erhaltung unhaltbarer Zustände bringen sie selbst den Keim der Zerstörung in das Werk der Verständigung, in ihrem Vorgeben, conservativ zu sein, sind sie die verkörperte Negation, der Kryptonihilismus. Unbestritten steht diesen parlamentarischen Größen das Recht zu, ihre Sondermeinung zu äußern, ihren Befürchtungen, wenn sie deren hegen, unverkümmerten Ausdruck zu geben; aber wir waren vollkommen zu der Erwartung berechtigt, daß ihnen das staatsmännische Verständniß nicht so weit abhanden gekommen, um sich zu unnöthigen Demonstrationen herzugeben, Beschlüsse, die als überflüssig, mindestens als verfrüht zu bezeichnen sind, zu provociren, und Bitten zu stellen, deren Gewährung einer Perennirung unserer chaotischen und in dieser Hinsicht wirklich trostlosen Zustände, einer Annullirung der kaum begonnenen staatsrechtlichen Action gleichkäme. Welch' anderen Sinn kann die Bitte um Aufhebung der Sistirung der Gesetzesstelle über die Reichsvertretung haben und was sollen meritorische Entscheidungen, da der ungarische Landtag noch nicht gesprochen und mit seinem Ausspruch auch das Substrat für die Aeußerungen der übrigen Landtage fehlt?

Patriotismus kann nicht das Sondereigenthum einzelner Personen oder das Monopol bestimmte Wege wandelnder Personen sein. Ohne zu erwägen, daß das September-Patent nichts Neues geschaffen, sondern nur den Boden zu neuer Saat geebnet, wurde von Rechtsbruch und Vergewaltigung gesprochen, und wir wollen annehmen, ganz unfreiwillig und unbedacht ein Erkleckliches zur Vermehrung der Begriffs-Verwirrung gethan. Zum ersten Mal seit Menschengedenken treten die Deutschen in Oesterreich, die sich seither als Oesterreicher gefühlt und betrachtet haben, als selbstständiger Volksstamm in die Arena des Nationalitätenkampfes und erheben den ganz ungerechtfertigten Vorwurf, daß die Sistirung der Reichs-Vertretung ein Attentat auf das Deutschthum sei. Eine völlige Verdrehung der Begriffe liegt in der Ansicht, daß die jetzige Verfassungsfrage einen nationalen Charakter habe, sie ist rein staatsrechtlicher Natur und betrifft die Gestaltung der verfassungsmäßigen Verhältnisse der einzelnen Völker auf Grund der Beziehungen, in welchem einzelne Theile des Reiches, wo territoriale und nationelle Ansprüche zusammenfallen, zum Ganzen stehen. Könnte der Versuch, die Forderungen der Gesammtheit mit den Ansprüchen der einzelnen Völker auf naturgemäßerer und rechtlicher Basis zu ordnen, die Existenz des Deutschthums in Oesterreich gefährden, dann ist diesem auch nicht zu helfen. Eines aber glauben wir mit vollem Recht fordern zu können, daß die der Entscheidung nahe Verfassungsfrage von jedem unlauteren Beiwerk frei bleibe. Eines glauben wir, sollte uns nicht versagt werden, Vertrauen für Vertrauen!

„Wir können warten!" hieß es ja so oft von jener Seite; so geh't denn, ihr Herren, und thu't nach euren Worten!

Nach der „Zeidler'schen Correspondenz" sind die Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich in der Frankfurter Angelegenheit nicht abgebrochen, es herrschen aber Verschiedenheiten in der Auffassung. Sollte in Frankfurt eine flagrante Ausschreibung gegen Preußen vorkommen, so werde dieses selbstständig einschreiten.

Die Nachricht eines Berliner Correspondenten der „Kölner Ztg.": die deutschen Großmächte seien übereingekommen, die Frankfurter Angelegenheit, soweit es gemeinschaftliche Schritte der Großmächte anbelangt, ruhen zu lassen, und diese Einigung sei vorerst auf telegraphischem Wege erfolgt, erklärt die „Nordd. Allg. Z." im Großen und Einzelnen für erdichtet.

Die Mittheilung, es sei zwischen Oesterreich und Peußen eine Einigung erzielt über das Auftreten der Elbherzogthümer auf der Pariser Weltausstellung, ist nach dem „Fremdenbl.", mindestens verfrüht. Ebensowenig sei es richtig, daß FML. Gablenz in neuester Zeit ausführlich über die Zustände in Schleswig-Holstein hierher berichtet habe. Neuerdings sind von FML. Baron Gablenz weder schriftliche noch telegraphische Berichte in Wien eingelaufen.

Die „Kreuzztg." erklärt die in den Zeitungen verbreiteten Nachrichten von der Entwendung wichtiger Papiere bei Geheimrath Sammer in Kiel, namentlich was den Antheil preußischer Offiziere und Beamten betrifft, für erfunden.

Das „Mémoeial dipl." vernimmt, daß Fürst Metternich von seinem Souverain beauftragt war, dem Kaiser Napoleon in Compiègne für die Erleichterungen zu danken, welchen die Emission des österreichischen Anlehens auf dem französischen Markte begegnete. Das „Mémorial" fügt hinzu, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Oesterreich nie so freundlich waren wie gegenwärtig.

Die durch die Blätter laufende Meldung, daß die nach Wien gelangte Mittheilung des Münchener Cabinets über den Entschluß Baierns, in diplomatische Beziehungen zu der Regierung in Florenz zu treten, mutatis mutandis eine wörtliche Copie derjenigen Mittheilung sei, welche seinerzeit das Wiener Cabinet bezüglich der Anerkennung der neuen Ordnung der Dinge in Griechenland nach München gelangen lassen, darf nach der „Debatte", für nichts anderes als für eine pikante Tendenz-Anecdote gehalten werden. Allerdings ist die Anerkennung Victor Emanuels durch Baiern sachlich aus denselben Motiven erfolgt, wie damals die Anerkennung des Königs Georg von Oesterreich: hier wie dort sind die Interessen des Verkehrs für entscheidend genug erachtet, um sich über gewisse politische und conventionelle Bedenken hinwegzusetzen und ohne Zweifel hat die betreffende bairische Mittheilung vielleicht sogar mit Berufung auf das Präcedens, diese Momente urgirt. Aber mit beleidigendem Hohn, wie er in der einfachen Copirung der früheren österreichischen Depesche gelegen wäre, sich gegen Oesterreich zu kehren, dazu war und ist weder in den sachlichen noch in den persönlichen Beziehungen zwischen Wien und München ein Anlaß gegeben gewesen.

Die „Baier. Z." meldet amtlich die Ernennung des Grafen Hompesch zum Gesandten am italienischen Hofe. Graf Hompesch wird sich noch im Laufe dieses Monats auf seinen neuen Posten begeben.

Italien soll nun sein Blaubuch erhalten, so wie es England und Frankreich hat. Die Regierung läßt die ganze diplomatische Correspondenz drucken, welche mit den fremden Mächten über die Römische und die Venetianer Frage, über den Handelsvertrag mit dem Zollverein und über die Anerkennung durch die verschiedenen deutschen Staaten gepflogen wurde.

Die Wahl Mari's zum Präsidenten drr Florentiner Kammer wird nicht ganz richtig als ein Sieg des Ministeriums aufgefaßt. Der eigentliche Candidat des Ministeriums war Tecchio, ist aber gerade deshalb von den Kammermitgliedern nicht angenommen worden, weil das Ministerium eine Vorliebe für ihn bekundete. Mari wurde von einer Fraction getragen, die zwar ministeriell ist, aber dessenungeachtet eine bedeutende Modification des Cabinets wünsche. Mordini gehörte der Linken an, welche keine Transaction mit anderen Gruppen in der Kammer eingeht, Ratazzi endlich fand eine Stütze in jenen Fractionen, welche den Sturz des ganzen Cabinets wollen. Es ist also erklärlich, daß den Ministern, da für Tecchio's Wahl gar keine Aussicht vorhanden war, Mari als der genehmste unter den drei in die Stimme sich theilenden Candidaten erschien.

Das schwedische Reformproject hat nunmehr auch die Billigung des Adelsstandes und der Geistlichkeit erhalten. Die Repräsentation der vier Stände wird durch ein Zweikammernsystem ersetzt den. Die bürgerliche Repräsentation gewählt aus den Vertretern der Städte und ebenso die Repräsentation der Bauern, bestehend aus den Vertretern von 200.000 bäuerlichen Grundbesitzern, trugen dem Reformprojecte von vorneherein ihre Sympathien entgegen, zweifelhaft dagegen war die Haltung, welche der Adel und die Geistlichkeit einnehmen würden. Der Stand der Geistlichen, bestehend aus dem Erzbischof von Upsala, aus eilf Bischöfen des Königreiches, aus dem ältesten Prediger der Stadt Stockholm und aus den Deputirten, welche die Geistlichkeit jeder Diöcese wählen, erklärt die Entscheidung des Adelsstandes abwarten zu wollen, dieser selbst schien an jener Bestimmung des Reformprojectes, nach welcher die erste Kammer nur 119 Mitglieder zählen sollte, während die zweite etwa 180 haben würde, Anstoß zu nehmen und zwar namentlich aus dem Grunde, weil das Project gewisse Fälle vorsieht, wo beide Kammern vereint abzustimmen haben. Die telegraphisch gemeldete Abstimmung zeigt, daß diese Bedenken nicht den Ausschlag gegeben haben und daß die Geistlichkeit mit ihrem Votum nicht mehr zögerte, als sich der Adel für die Reform ausgesprochen hatte. Mit der auf modernen Grundlagen erneuten Verfassung ist Schweden übrigens über seine inneren Schwierigkeiten nicht hinaus. Die Unionsbestrebungen, die namentlich in der Hauptstadt mit einer gewissen Heftigkeit auftreten und selbst in Norwegen Wurzel geschlagen zu haben scheinen, werden ohne Zweifel eine Quelle neuer lebhafter Bewegungen werden. Inwiefern die neuen Verfassungsverhältnisse diese Bestrebungen fördern oder ihnen hemmend entgegentreten werden, ist natürlich in diesem Augenblicke kaum zu bestimmen.

Graf Sponneck, der adlatus des jungen Königs von Griechenland hat elndich den fortgesetzten Angriffen seiner Geger weichen müssen und ist am 9. d. in Triest eingetroffen.

Wie aus London gemeldet wird, beabsichtigt Lord Granville den Staatsgeschäften zu entsagen und sich ins Privatleben zurückzuziehen.

Zwischen Paris und Mexico wird gegenwärtig wie ein Telegramm der „Presse" meldet, wegen Formirung einer Fremdenlegion in großem Maßstabe etwa von 20.000 Mann verhandelt.

Die „Patrie" glaubt zu wissen, General Shoffield werde sich in vertraulicher Mission nach London begeben, um die zwischen England und den Vereinigten Staaten von Nord-America obschwebenden Differenzen beizulegen.

Aus Westindien ist die Nachricht eingetroffen, daß der Conflict zwischen England und dem Rebellengeneral Salnave auf Hayti in Güte beigelegt werden wird; der letztere hat sich bereit erklärt, den von dem englischen Admiral gestellten Forderungen Genüge zu leisten und den Schaden, der durch die Zerstörung des „Buldog" entstanden, zu ersetzen.

In Madrid eingetroffene officielle Nachrichten stellen eine friedliche Ausgleichung mit Chili in Aussicht. Die Regierung der Republik soll sich nunmehr geneigt zeigen, auf Unterhandlungen einzugehen. Gleichzeitig geht der „Patrie" aus Newyork die Nachricht zu, daß Herr Seward nach einer langen Unterredung mit dem spanischen Gesandten in Washington auf Befehl des Präsidenten Johnson an den Repräsentanten der Vereinigten Staaten in Santiago eine Depesche des Inhalts habe abgehen lassen, er möge nach dem Vorgang Frankreichs und Englands zur Beilegung der Differnz die guten Dienste seiner Regierung anbieten.

Das Cabinet O'Donell bereitet einen Schritt vor, der von den segensreichsten Folgen werden kann, wenn die spanischen Behörden und Kammern die Sache richtig auffassen. Es handelt sich um die Freilassung der Farbigen in den spanischen Colonien auf den Philippinen und auf den Antillen. Die officielle Zeitung bringt ein Decret vom 23. November, das als Vorläufer dieses Schrittes gilt, indem es den Colonialminister beauftragt, Untersuchungen über die besten Mittel anzustellen, wie die Arbeiten der Kulis und Neger in den spanischen Colonien zu regeln sind.

Die Verhandlungen mit England sind geschlossen und binnen längstens acht Tagen wird, wie man der „Bohemia" schreibt, der Handelsvertrag unterzeichnet sein. Aber, wohl verstanden, nur ein Präliminar-Vertrag, der, wenn auch, so weit er reicht, für beide Theile bindend, doch eben nur in großen Umrissen den Inhalt derjenigen Uebereinkunft zeichnet, welche erst nach der Revision des österreichischen Tarifs zum Abschluß gelangen wird. Etwas ist erreicht, aber nicht viel. Wenigstens wird versichert, daß die Präliminarien der künftigen Festsetzungen den breitesten Spielraum lassen und daß die eigentlich schwierigen Fragen nicht sowohl erledigt, als vielmehr vertagt sind.

Die Conferenzen, in welchen die Grundlage zu Handelsvertrage zwischen Frankreich und Oesterreich festgestellt werden sollen, haben am 4. d. in Paris begonnen.

Verschiedene Zeitungen wollten wissen, daß in Folge der von Baiern und Sachsen abgegebenen Erklärungen hinsichtlich des Königreichs Italien von Seiten der preußischen Regierung ein Circularschreiben an die Zollvereinsregierungen erlassen sei. Diese Nachricht ist unbegründet. Es liegt schreibt die N.A.Z. dazu auch Vorderhand keine Veranlassung vor, da die preußische Regierung befugt ist, Verhandlungen über Handelsverträge mit dem Zollverein selbständig anzuknüpfen, mit dem Vorbehalt, das Resultat derselben den Zollvereins-Regierungen mitzutheilen, die sich dann darüber auszusprechen haben, ob sie Abänderungen wünschen, ehe sie ihren Beitritt erklären. Der in der „Kölnischen Zeitung" enthaltenen Nachricht von einem Circulare der preußischen Regierung in Bezug auf diese Angelegenheit liegt möglicher Weise eine Verwechselung mit den Rückäußerungen zu Grunde welche Preußischer Seits auf die hierher gebrachten Anzeigen von den Entschlüssen mittelstaatlicher Regierungen in Betreff der Anerkennung des Königreichs Italien erfolgt sind. Wie verlautet, werden die Unterhandlungen mit Italien vielleicht wie beim österreichischen Handelsvertrage durch Preußen, Sachsen und Baiern geführt werden. Hierauf bezieht sich möglicher Weise die Berichtigung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" bezüglich des preußischen Rundschreibens.

Einer Mittheilung der „Eisenbahn Ztg." zufolge hat sich das von der Lübecker Handelskammer zur Berichterstattung eingesetzte Comité, den eventuellen Anschluß Lübecks an den Zollverein befürwortend ausgesprochen, jedoch nur, wenn Lübeck Freihafen bleibt.

Die „Weser Zeitung" meldet: Die in Artikel 6 des Gasteiner Vertrages vorgesehenen Unterhandlungen über den Beitritt Schleswig-Holsteins zum Zollverein sind gescheitert. Diese Thatsache (die jedoch anderweitig nicht bestätigt ist), sei ein neuer Beweis gegen das neuerlich von officiösen Organen in Berlin dem Gasteiner Vertrag gespendete Lob.

Noch haben wir die uns dieser Tage zugeschickte Brochure: „Stimme eines Polen über die gegenwärtigen inneren Verhältnisse Oesterreichs von S. M. Wien, 1865" nicht zu Ende lesen können, als der Leitartikel des „Czas" vom 7. d. uns in Erörterung des Schriftchens zuvorgekommen. Er muß gestehen, daß er fast bis zur Hälfte desselben in der Lecture angelangt und sich noch nicht mit dem Gedanken befreunden konnte, daß der Verfasser ein Pole sei. Nun, wenn der „Czas" keinen andern Gegenbeweis im Köcher hat, als die „messianistische Anschauung" der Brochure über die providentionelle Mission Oesterreichs, wird es wohl bei der Richtigkeit der Titel-Angabe derselben verbleiben müssen, deren Anschauungsweise zwar der politischen des „Czas" nicht immer, wie er sagt, entspricht, deren Darstellung er aber im Uebrigen als zutreffend lobt, besonders wo das durch das Septembermanifest inaugurirte System charakterisirt ist und die sich ihm wegen ihres höheren politischen Standpunctes vor den Duzendrecepten politischer Aerzte vortheilhaft auszeichnet. Die ungarische Frage ist in der Brochure so gut wie übergangen in der Voraussicht ihrer günstigen Lösung. Nach den Worten der Flugschrift sind die Centralisten als Freunde des Februarpatentes bestrebt, die Anhänger des jetzigen Systems als Föderalisten oder geheime Absolutisten zu verschreien, die Bureaukraten und Liberalen so auf sie zu hetzen, sie als Gegner des Deutschthums hinzustellen, damit also die Deutschen in Oesterreich gegen die übrigen Nationalitäten ebendort aufzubringen. Autor gibt der deutschen das Recht der Hegemonie (auch deshalb kann das ja dem „Czas" zufolge kein Pole concipirt haben), jedoch unter der Verwahrung, mit Frankfurt nicht zu liebäugeln. Oesterreich soll nach dem Autor specifisch österreichisch sein, nicht deutsch, czechisch oder magyarisch, mit Deutschland sollen es nur die Eisenbahnen, Handelsplätze ꝛc. verbinden. (Der „Czas" plaidirt hier wohl wider Willen zu Gunsten Wiens, da, wie er sagt, sonst bei solcher Exclusivität nach Bismarck's Plan Pesth, nach Palacky Prag seine Stelle einnehmen würde.) Autor schreckt mit dem Zufluß neudeutscher revolutionärer Cultur und legt in längerer Erörterung auf den höheren Missions-Charakter der Monarchie einen besonderen Nachdruck. Trotz verschiedener Aenderungen dauert nach dem Autor à la Borkowski das Josephinische System noch fort, der Schöpfer der Bureaukratie, des Pseudoliberalismus und der Centralisation (dabei schmunzelt der „Czas" natürlich und diese Stelle nennt er die trefflichste der Brochure). Das einzige Antidotum liege im Selfgovernment und in der Autonomie der Kronländer. Galizien bekommt dabei eine nicht kleine Rolle, sei ein mächtiger Factor schon allein durch seine in ihm ruhende conservative Kraft, weil es seine Traditionen, Sprache, Nationalität, Religion vertheidigt. Autor verlangt hier also die polnische Sprache ausschließlich in Schule und Amt, jedoch ohne Verbannung der deutschen, als eines Bindemittels der Landesorgane mit der obersten Behörde, sieht jedoch nicht die Nothwendigkeit eines polnischen Ministers für Galizien bei der Central-Regierung in Wien (die der „Czas" bekanntlich sieht, die aber erst unlängst auch in einer polnischen Flugschrift negirt worden.) Autor plaidirt übrigens für autonomische Organe und nationale Institutionen in der Verwaltung, die legislative Macht habe in den Landtagen zu liegen, aus der Mitte derselben gewählte Abgeordnete hätten in Wien das Reichsbudget zu machen. Autor ist kein Freund des Parlamentarismus. Die legislative Initiative gebührt nach ihm dem Kaiser, durch Vermittlung eines Staatsrathes, dessen neue Einrichtung sich nach ihren neuen Attributen zu richten hat. Dem „Czas" ist (außer dem Vorschlag eines neben Provinzial-Delegationen anempfohlenen Senats) alles hier klar und energisch ausgesprochen. Die Brochure berührt auch den Panslavismus, will ihn nicht, aber fürchtet ihn auch nicht, wenn nur die nationalen Individualitäten bei sich zu Haus Befriedigung finden werden.

Die „Gazeta narodowa" bringt wieder einen Artikel gegen die Ruthenen, der augenscheinlich beweist, daß die Ruthenen und Polen vollständig gebrochen haben, da man sonst das Vorgehen dieses polnischen Parteiblattes nicht erklären konnte.] Mit seltener Schonungslosigkeit wird hier das Getriebe der ruthenischen Parteiungen außer dem Landtage aufgedeckt und den polnischen Abgeordneten, die das Zustandekommen eines Compromisses mit den Ruthenen anstreben, gerathen, die Tendenzen der einzelnen ruthenischen Parteien gut in Betracht zu ziehen, da sonst leicht statt mit den Ruthenen — mit den Russen eine Transaction zu Stande kommen dürfte. Nach der „Gar. nar." theilen sich die Ruthenen in nächstfolgende vier Parteien: 1. die Partei, welche die großruthenische (so heißt sie nämlich die russische) Sprache in Amt und Schule einführen will; 2. die historische Partei, welche die Ruthenen für einen Theil des polnischen Volkes hält! 3. die galizisch-ruthenische Partei, welche den galizisch-ruthenischen Volksdialect zur ruthenischen Sprache ausbilden will und endlich 4. eine Ukrainer Partei, welche dem Ukrainer Dialect Geltung verschaffen will. Die „Gazeta narodowa" behauptet, daß die erste Partei jetzt am Ruder stehe.

---

†† Krakau, 11. December.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließnng vom 7. December d. J. allergnädigst zu bewilligen geruht, daß die mit Allerhöchster Entschließnng vom 18. November 1865 ertheilte Amnestie auch auf die Strafurtheile und Untersuchungen der Gerichte außerhalb Galiziens und Krakau's Anwendung finde, insoferne diese Urtheile und Untersuchungen die in der erwähnten Allerhöchsten Entschließung bezeichneten strafbaren Handlungen betreffen und auf den Aufstand in Polen Bezug haben. Ueber Gesuche um Nachsicht der Rechtsfolgen solcher Verurtheilten haben Sich Se. Majestät die Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten.

Landtagsverhandlungen.

[9. Sitzung des galizischen Landtages am 7. December 1865.] Der Landmarschall Fürst Leo Sapieha eröffnet die Sitzung um $\frac{1}{4}$12 Uhr.

Anwesend 130 Abgeordnete. Von Seite der Regierung anwesend der Regierungscommissär k. k. Hofrath Ritter v. Possinger.

Nach Verificirung des Protocolls der letzten Sitzung wurde das Resultat der Nachwahl der noch fehlenden zwei Landtags-Secretäre bekannt gegeben. Die Anzahl der Stimmenden war 126, die absolute Majorität beträgt 64; der Abg. Graf Ludwig Wodzicki erhielt 78, Abg. Paszkowski 77 Stimmen. Die neugewählten Secretäre nehmen ihre Plätze neben dem Landmarschall ein.

Der im Krakauer Wahlbezirke gewählte Landtags-Deputirte Szumańczowski wird der 4. Section zugetheilt.

Bevor zur Tagesordnung geschritten wurde, legte der k. k. Regierungscommissär folgende Regierungsvorlagen auf den Tisch des Hauses nieder:

1) Das Budget der Landesfonde für das Jahr 1866 sammt den betreffenden Nachweisungen. Hiernach beträgt das präliminirte Erforderniß 933.708 fl. und die Bedeckung 174.131 fl.; es stellt sich somit ein Abgang pr. 759.577 fl. heraus, welcher auf die directen Steuern im Gesammtbetrage von 5,897.070 Gulden mit $12\frac{1}{2}$ Kreuzer von einem Steuergulden umgelegt wird. Der Regierungs-Commissär erklärt zugleich, daß bei der Anfertigung dieses Voranschlags auf die gegenwärtig bestehenden Institute reflectirt und daher allfälligen Beschlüssen, welche anläßlich der Uebernahme der Landesfonde und Anstalten in die Verwaltung des Landesausschusses gefaßt werden könnten, nichts vorgegriffen wurde.

2) Das Budget der Grundentlastungsfonde für das J. 1866 sammt den dazu gehörigen Detailausweisen. Das Erforderniß beträgt in Ost-Galizien 3,680.003 fl., in Westgalizien und Krakau 2,306.936 Guld., daher zusammen 5,986.939 fl. Die Bedeckung sammt der unverzinslichen Subvention vom Staate pr. 2,625.000 fl. und dem verzinslichen Vorschusse aus dem Staatsschatze pr. 112.107 fl. belauft sich auf 2,079,434 fl.; es ergibt sich daher ein Deficit im Betrage von 3,007.505 fl. Aus der Umlage dieses Abganges auf die Summe der directen Steuern mit Ausschluß des Kriegszuschlages pr. 5,897.070 fl. resultirt auf 1 Steuergulden der Zuschlag mit 51 kr.

3) Der Regierungs-Commissär stellt den Antrag, damit der Landtag mit Vorbehalt der Bemessung des Landeszuschlages auf Grundlage des Budgets beschließe, daß der bisherige Landes-Zuschlag im Betrage von $62\frac{1}{2}$ kr. von jedem Steuergulden ohne Einrechnung des Kriegszuschlages, u. z. $11\frac{1}{2}$ kr. für den Landesfond und 51 kr. für den Grundentlastungsfond auch weiterhin vom 1. Jänner 1866 an eingehoben werde.

4) Weiter beantragt die Regierung, daß von nun an in der Administration der Landes- und der Grundentlastungsfonde das Solarjahr als Verwaltungsjahr angenommen werde.

5) Legt die Regierung einen Entwurf in Betreff der Einführung neuer Hypothekenbücher und Verbesserung der öffentlichen Bücher mit der Aufforderung vor, der Landtag möge darüber sein Gutachten äußern, ob und welche Hindernisse der Durchführung dieses Projectes im Wege stehen.

Schließlich theilte der Regierungscommissär mit, daß die Regierungsvorlage betreffend die neue Territorialeintheilung zum Zwecke der künftigen politischen Organisirung des Landes sich bereits im Druck befindet und in der nächsten Sitzung auf den Tisch des Hauses gelangen wird.

Hierauf wurde ein zahlreich unterstützter Antrag des Abg. Zduń vorgelesen, welcher dahin geht, der Landtag wolle sich an Se. Majestät mit der Bitte wenden, damit mit Rücksicht auf den herrschenden Nothstand im Lande, das Salz für Menschen und Vieh in den von der größten Noth heimgesuchten Gegenden unentgeltlich unter strenger Controle vertheilt, in anderen Gegenden aber um ein Drittheil des Preises ermäßigt werde. — Der Antrag wird gedruckt und vertheilt werden.

Abg. Ludwig v. Skrzyński unterstützt dann seinen Antrag auf Erhaltung der Ackerbauschule zu Dublany aus Landesmitteln und sucht in einer längeren Rede die Wichtigkeit dieser Schule und ihr Recht auf eine Subvention aus dem Landesfonde nachzuweisen. Auf Antrag des Dr. Zyblikiewicz wird die Angelegenheit der zu wählenden Budgetcommission zugetheilt. Der Antragsteller wünschte aber, daß für seinen Antrag eine Specialcommission gewählt werde, weshalb er darauf aufmerksam macht, daß es nothwendig wäre, in die Budget-Commission wenigstens ein Mitglied zu wählen, welches mit der Angelegenheit des Dublanyer Instituts genau bekannt ist.

Abg. Agopsowicz begründet seinen Antrag in Betreff der Mittel gegen die Ausbreitung der Rinderpest. Nach seiner Ansicht sind die bestehenden diesfälligen Vorschriften ungenügend und werden durch die schlechte Beobachtung seitens der Regierungsorgane illusorisch. Er wünscht, daß sein Antrag an eine Specialcommission überwiesen werde; es wird aber ein Amendement des Dr. Zyblikiewicz angenommen, demzufolge dieser Antrag dem Administrationsausschusse zugetheilt wird.

Hierauf referirt Abg. v. Kraiński im Namen des Landesausschusses über die Wahlen Sr. Excellenz des Grafen Agenor Gołuchowski aus der Stadt Lemberg, des Johann Kobak aus den Landgemeinden der Bezirke Jasło, Krosno und Frysztak und des Dr. Michael Koczyński aus der Stadt Krakau. Alle drei Wahlen wurden agnoscirt, worauf die neugewählten Landtagsdeputirten das Angelöbniß leisten.

Bei der Berichterstattung über die Wahl des Dr. Koczyński tritt Dr. Zyblikiewicz mit einer Beschwerde über die ungesetzliche Agitation seitens der Regierungsorgane in Krakau gegen die Candidatur des genannten Abgeordneten auf. Der Redner sagt, nach der Aufstellung dieser Candidatur habe sich in Krakau das Gerücht verbreitet, daß in den Regierungskreisen die Candidatur des Dr. Koczyński als eine Manifestation gegen die bestehende Regierung angesehen werde. Dies hätte viele Wähler und namentlich Beamte von der Wahl des Dr. Koczyński abgeschreckt, weil die Einen Rache, die Anderen Secaturen fürchteten. Nachdem jedoch diese Agitation nicht geschadet hat, so stellt der Redner keinen Antrag, und er will nur deshalb davon erwähnt haben, damit die Regierung untersuche, inwieweit das Gerücht begründet sei.

Der Regierungs-Commissär erklärt, die Regierung werde wenn irgendwelche ungesetzliche Vorgänge stattgefunden hätten, denselben auf den Grund kommen und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Diese Erklärung wurde vom Hause mit Beifall aufgenommen.

Abg. v. Kraiński erklärt, daß er in den Wahlacten keine Spur von Ungesetzlichkeiten gefunden hat, daher Dr. Zyblikiewicz die erforderlichen Daten der Regierung zu geben hatte. Dr. Zyblikiewicz sagt, daß von den Beamten ein Protest nicht überreicht wurde, weil sie bekanntlich nicht protestiren dürfen. Der Redner bleibt bei seiner ersten Eröffnung ohne einen Antrag zu stellen.

Sodann wurde zur Specialdebatte über die einzelnen Paragraphe der Geschäftsordnung geschritten und es wurden nach einer längeren Discussion die ersten 6 Paragraphe, welche von dem Vorsitze und von der Eröffnung der Sitzung handeln, mit kleinen Aenderungen in der Stylisirung angenommen. §. 7 über die Constituirung des Landtags, welcher als Zusatz der Landesordnung eingeschaltet wurde, wurde verworfen, weil bei der Abstimmung die Majorität für diesen §. die durch die Landesordnung erforderlichen zwei Drittel der anwesenden Abgeordneten nicht erreichte.

Der Landmarschall fordert hierauf die Sectionen zur unverzüglichen Vornahme der Wahl der Commissionen für Rechts- und für administrative Angelegenheiten, dann für die Kirchen- und für die Schulconcurrenz, und schließt die Sitzung um 2 Uhr Nachmittag und setzt die nächste Sitzung auf Montag. um 11 Uhr Vormittag fest. Tagesordnung: Antrag des Abgeordneten Paszkowski, betreffend die Subvention für die agronomische Schule in Czernichow; Antrag des Dr. Zyblikiewicz in Betreff des Gf. Skarbek'schen Stiftungsfondes, Bericht der Petitionscommission. In erster Reihe steht aber die Lesung der Regierungsvorlagen, wenn sie bis Montag gedruckt und vertheilt sein werden.

Die eingetroffenen telegraphischen Landtagsberichte lauten:

Prag, 9. Dec. Die Regierung bringt den Entwurf eines Kirchenconcurrenzgesetzes ein. Abg. Roth interpellirt wegen Vorlage eines Militärbequartirungsgesetzes. — Die Debatte über Durchführung der Grundentlastung wird fortgesetzt. Für den Entwurf und die Aufhebung der Naturalabgaben an Pfarren und Kirchen sprechen Maresch, Sladowsky, Limbeck und Grünwald; dagegen: Fürst Carl Schwarzenberg und Graf Clam; sie wünschen eine freiwillige, gemeinschaftliche Abfindung. Graf Leo Thun ist gegen den Entwurf und sagt, derselbe solle den Interessen des Landes entsprechen und nicht Privatverhältnisse berücksichtigen. — Klaudy wünscht Rückweisung des Entwurfs an den Landesausschuß zur gleichzeitigen Vorlage eines Wasserrechts-, und Propinations- und Entlastungsgesetzes. Die Generaldebatte wird hierauf geschlossen. Nächste Sitzung Dinstag. Tagesordnung: Adreßdebatte.

Der wesentliche Inhalt der Landtagsadresse lautet wie folgt: „Der Landtag fühlt sich gedrängt, seinen Dank für das im Septembermanifest bekundete Allerhöchste Vertrauen an den Stufen des Thrones

niederzulegen. In dem Entschlusse Ew. Majestät, den Weg der Verständigung mit den Völkern einzuschlagen, bekundet sich neuerdings der Ernst des kais. Willens die durch die Bedürfnisse der Gegenwart geforderte Entwickelung der Verfassung aus den durch das Octoberdiplom anerkannten und überkommenen Rechtsgrundlagen hervorwachsen zu lassen. Wir theilen die Ueberzeugung, daß diese verfassungsmäßige Rechtsgestaltung erzielt werden und in der freien Theilnahme aller die sicherste Gewähr ihrer Dauer finden wird. Wir halten die Hoffnung fest, daß kein Volk die schwere Verantwortung übernehmen werde, den Brudervölkern die Bahn mit unübersteiglichen Hindernissen zu verschließen. Dieses Ziel ist die erneuerte Bekräftigung und zeitgemäße Ausbildung der pragmatischen Sanction, auf daß die Machtstellung der Monarchie durch eine gemeinsame Behandlung der höchsten Staatsaufgaben gewahrt und die Reichseinheit in Beachtung der Mannigfaltigkeit ihrer Bestandtheile in ihrer geschichtlichen Rechtsentwicklung gesichert werde. Der Weg ist schwierig; um so treuer wollen wir mit opferfähiger Versöhnlichkeit und gewissenhafter Beachtung des legitimen Rechtes ausharren. Ein glückverheißendes Zeichen der gelungenen Wiederherstellung der Klarheit und Festigkeit des öffentlichen Rechtes des Reiches und Böhmens liegt für Böhmen in der Krönung. Darum sieht der treugehorsamste Landtag mit Sehnsucht dem Freudentage entgegen, an welchem die altehrwürdige Krone Böhmens auf dem gesalbten Haupte Franz Joseph I. ruhen wird.“

Laibach, 9. Dec. An der Tagesordnung war der Antrag des Grafen Auersperg, die Besorgnisse wegen der Rückwirkungen des Septemberpatentes in Form einer Adresse an Se. Majestät zum Ausdruck zu bringen. Der Berichterstatter beschränkte sich vorläufig auf die Verlesung des gedruckten Ausschußberichtes. Gegen die Adresse sprachen Bleiwiß (slovenisch), welcher betont, daß durch die Februarverfassung die Centralisation inaugurirt und eine Suprematie der Deutschen über die übrigen Völker geschaffen worden sei; Toman, welcher in langer Rede die Incompetenz des Landtages zu einer solchen Prüfung des Manifestes nachzuweisen versucht, scharf gegen das Februarpatent polemisirt und sagt: dasselbe mußte, weil es nicht lebensfähig war, ob der allseitigen und reichsräthlichen Opposition fallen, so wie mit ihm der ministerielle Absolutismus, die constitutionelle Centralisation und die parlamentarische Majorität. Svetec behauptet, das Februarpatent habe nie Rechtskraft erhalten. Für die Adresse sprach Suppan und Detschmann. Letzterer bekämpft das Schlagwort „deutsche Suprematie“, und weiset hin, wie von den nordslavischen, Autonomie anstrebenden Brüdern die Parole der Generallandtage ausgegangen sei. Mehrere Abgeordnete der slovenischen Partei waren von der Sitzung abwesend und befand sich die Partei in der Minorität. Dr. Costa stellte dieserwegen den Antrag auf Schluß der Sitzung; sofort verließen 9 Abgeordnete der slovenischen Partei und mit ihnen Baron Schloißnigg unter Beifall der Galerien den Saal. Das Haus war in Folge dessen beschlußunfähig und wurde die Sitzung vom Präsidenten geschlossen und die Fortsetzung der Debatte auf Montag angesetzt.

Klagenfurt, 9. Dec. Dem kärntnischen Lehrerunterstützungsverein wird ein jährlicher Beitrag von 500 fl. bewilligt. Hierauf Bericht des Landesausschusses über vorgenommene und vorgeschlagene Uferschutz- und Regulirungsbauten für die Jahre 1864, 1865 und 1866.

Innsbruck, 9. Dec. Nachträgliche Verification einiger Wahlen und Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Haushaltsfonds. Der Antrag auf Anbau der Tabakpflanze als Mittel gegen die Traubenmotte wird angenommen. — Die Interpellation in Betreff der Durchführung des Landesvertheidigungsgesetzes wird dahin beantwortet, daß dieses Gesetz auch in Welsch-Tirol in Vollzug gesetzt werden wird.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 10. Dec. Se. k. k. Apostolische Majestät haben zu den im Laufe dieses Winters bereits allergnädigst gespendeten zweitausend Gulden einen weiteren Betrag von zweitausend Gulden ö. W. zur Vertheilung an wahrhaft bedürftige und würdige Personen in Wien allergnädigst zu widmen geruht.

Abermals, meldet der „Wiener Lloyd“, liegt ein erfreulicher Beweis von der rastlosen Thätigkeit unseres Handelsministers vor. Denn ihm offenbar ist der eben gefaßte Beschluß der Regierung zu verdanken, die längst projectirten und so dringend nothwendigen Hafenbauten in Triest in Angriff zu nehmen. Die Arbeiten beginnen im nächsten Frühjahr und sind auf eine Dauer von fünf Jahren berechnet. Die Hieherkunft des Herrn Revoltella hängt mit dieser für Triest so wichtigen Angelegenheit zusammen.

Aus Pest, 9. Dec., wird gemeldet: In der letzten Sitzung des Bürgerausschusses, bei welcher über 100 Mitglieder anwesend waren, wurde ein patriotischer Aufruf und das Detailprogramm für den Empfang Sr. Majestät des Kaisers festgestellt. An freiwilligen Beiträgen zum Empfange sind 14.000 Gulden eingegangen. Der Ausschuß für den anzuhoffenden Empfang beider Majestäten erklärt sich in Permanenz. — Deák ladet die Deputirten auf den 12. December 9 Uhr Vormittags zu einer Conferenz im Museum wegen Eröffnung des Landtags ein. Graf Dessewffy hat wegen Krankheit sein Mandat niedergelegt. „Pester Lloyd“ bestätigt aus verläßlicher Quelle die Nachricht von der vorläufigen Einigung der beiden großen Parteien.

„Pesti Napló“ bestreitet daß die Centralisten die deutsche Partei vertreten; ihre Politik würde dem deutschen Einflusse Oesterreichs schaden. Dasselbe leugnet daß 10 Millionen Deutsche gegen das Septembermanifest protestiren.

Der Statthalterei-Vicepräsident Bartal, in Pinczehelyi in den Jahren 1848 und 1861, und jetzt zum dritten Male gewählt, sagte seinen Wählern, er habe seine Stellung angenommen, um für die Rechte des Vaterlandes nicht allein sprechen, sondern auch handeln zu können, und die Männer zu unterstützen, in deren Thätigkeit und in deren Berufung durch den Monarchen er die Möglichkeit des Ausgleiches sehe. Die Meldung der „Neuen freien Presse“ von der Auflösung des Deák-Clubs ist unbegründet. Bis jetzt sind 295 Wahlen bekannt.

Ein Pester Telegramm des „Fremdenblattes“ vom 9. d. meldet: Der morgen erscheinende Aufruf an die Bürger Pest-Ofens veröffentlicht das Festprogramm. In der Einleitung heißt es: „Die glorreichen königlichen Worte welche im Juni d. J. in der Burg zu Ofen aus dem Munde Sr. Majestät ertönten, wurden im ganzen Vaterlande als die Vorboten einer besseren Zukunft mit Jubel, mit wahrem Patriotismus und mit den aufrichtigsten Wünschen für das Wohl der Dynastie begrüßt. Die Kaiserreise wird die goldenen Früchte zur Reife bringen.“ — Se. Majestät werden dem Patti-Concerte im Redoutengebäude beiwohnen. Im Schützenhause werden Triumphbogen errichtet. Die Subscription für die Kosten der Festlichkeiten ist heute geschlossen worden.

Deutschland.

Wie ein Flensburger Correspondent der „Hamb. Nachr.“ meldet, hat das schleswig'sche Appellationsgericht in der Hauptsache das Erkenntniß des Magistratsgerichtes gegen die Verbreiter der nordschleswigschen Adresse an den Kaiser der Franzosen (theilweise auf Festungshaft lautend) aufgehoben, jedoch die Inculpaten in die durch ihr Gebahren veranlaßten Untersuchungskosten verurtheilt.

Das Verordnungsblatt für Schleswig vom 8. d. enthält eine Anzeige des Freiherrn von Zedlitz, wonach das Kieler Comité für die Pariser Ausstellung im Jahre 1867 ermächtigt wird, die Interessen der schleswig'schen Aussteller zu vertreten.

Ein Kieler Telegramm der „Hamb. Nachr.“ meldet, daß in allernächster Zeit der Erlaß eines Gesetzes bevorstehe, welchem zufolge Zahlungen, die in Speciesthalern vereinbart wurden, in preußischen Thalern mit einpercentigem Agio geleistet werden können.

Der bekannte politische Parteiführer Thomsen-Oldensworth ist seines Amtes in Husum enthoben worden, weil er nicht, wie das Gesetz es vorschreibe „studirter Jurist“ sei. Er will dies nun, wie es scheint, nachholen, denn er hat sich in Kiel förmlich als studiosus juris immatriculiren lassen.

Richard Wagner hat Baiern wahrscheinlich bereits verlassen. Der Allg. Z. wird über dies Ereigniß Folgendes geschrieben: Se. Majestät der König hat am 6. d. nicht allein von seinen hohen Verwandten, von Gliedern des hohen Adels, von Staats- und Kirchenbeamten, sondern auch von ganz unabhängigen einfachen Persönlichkeiten Bericht über die Stimmung hinsichtlich der R. Wagner'schen Angelegenheiten sich erstatten lassen, und da von allen Seiten in eben so übereinstimmender als freimüthiger Weise aufgedeckt wurde, daß, mit geringer Ausnahme, Alles gegen Wagner sei, so war des Königs Entschluß rasch gefaßt. „Ich bin entschlossen“, so äußerte er sich gegen einen der Staatsminister, „daß R. Wagner Baiern verlassen muß. Es fällt mir dieser Entschluß zwar schwer, aber das Vertrauen meines Landes geht mir über alles; auch ich will in Frieden leben mit meinem Volk.“ Noch gestern Abends erging demgemäß an R. Wagner die Weisung Baiern zu verlassen. Der hierauf bezüglichen Mittheilung der „Bair. Ztg.“ lautet zwar „auf einige Monate“, Sie dürften mir aber aufs Wort glauben daß dies gleichbedeutend ist mit „für immer“. Uebrigens hat Se. Majestät in wahrhaft königlicher Gnade und Großmuth dem Exilirten einen jährlichen Sustentationsbezug von achttausend Gulden anweisen lassen.

Das Berliner Criminalgericht hat die Geduld des Kaisers L. Napoleon auf eine harte Probe gestellt. Dasselbe verhandelte am 8. d. M. zum ersten Male die Anklage wegen Beleidigung und Verleumdung des Kaisers Napoleon III. gegen Abelsdorff den Verleger des Vesinier'schen Werkes „La vie du nouveau Câsar“. — Der fanzösische Botschafter beantragte Bestrafung. Ueber Einwendung des Vertheidigers beschloß der Gerichtshof: erst im diplomatischen Wege festzustellen, ob zur Zeit des Erscheineds des Werkes und jetzt, nach den französischen Gesetzen die Beleidigung auswärtiger Monarchen mit Strafe bedroht werde.

Frankreich.

Paris, 8 Dec. Die portugiesischen Majestäten werden aus Anlaß des Befindens des Königs der Belgier direct nach Paris reisen und morgen hier eintreffen. Heute heißt es, daß das den Luxembourggarten betreffende Decret, der gar zu großen Opposition wegen, modificirt werden soll. Man will nunmehr blos noch zwei macadamisirte Straßen durch den Garten führen und beruft sich da anf eine ähnliche Procedur, wie sie bereits mit dem Tuileriengarten bereits vorgenommen worden. Neben der Jouanne'schen Petition an den Senat wegen der Verkleinerung des Luxembourg wird auf die persönliche Initiative eines ehemaligen Mitgliedes des Municipalrathes hin, des Malers Delestre, ein Brief an die Deputirten von Paris mit zahlreichen Unterschriften bedeckt. In demselben werden die Abgeordneten aufgefordert, durch einen Collectivschritt die gefährdeten Interessen eines großen Theiles ihrer Wähler zu wahren. In ihrer neulichen Versammlung haben die Herren Marie, Favre, Simon, Pelletan, Havin, Guéroult, Carnot, Garnier-Pagès und wie es heißt auch Thiers sich die Beantwortung der folgenden Frage auferlegt: „Ist durch das Decret, welches den Garten des Luxembourg verkürzt, das Staatsoberhaupt in constitutioneller Weise befugt, daß vom Garten abgetrennte Terrain, welches der Staatsdomäne angehört, zur Disposition des Finanzministers zu stellen? Diese Frage soll nach allen Seiten hin juristisch streng erwogen und das Resultat der Ueberlegung durch die Blätter sodann veröffenlicht werden.

Großbritannien.

Ein Telegramm der „Köln. Ztg.“ aus Malta 7. December meldet: Der Gouverneur Siorks wurde heute telegraphisch nach England berufen, vermuthlich Griechenlands wegen; er reiste sofort ab.

Der „Shenandoah“, welcher, um nach New-York gebracht zu werden, vor fast drei Wochen dem amerikanischen Capitän Freeman übergeben wurde, ist am 6. d. wieder in Liverpool erschienen und zwar in jämmerlich zerzaustem Zustande und fast ohne Segel. Am 23. November war er auf hoher See von einem furchtbaren Nordweststurme, der einem Orkan gleichkam, überfallen worden und erlitt so bedenkliche Schäden, daß der Capitän es gerathen fand, nach Liverpool zurückzukehren, um eine gründliche Ausbesserung vornehmen zu lassen.

Die letzten amtlichen Berichte über die Viehseuche lautet leider minder günstig, als die seitherigen. Man hatte die zeitweilige Abnahme der Krankheit schon als den Vorboten einer mit winterlicher Witterung eintretenden stetigen Besserung des Gesundheitszustandes begrüßt; doch herrscht statt trockener Kälte bisher eine nebelige Regenzeit, welche der Epizootie Vorschub zu leisten scheint. Die gewaltsam getödteten außer Rechnung lassend, stellt sich das Genesungsverhältniß für Schottland am besten: auf fünf Sterbefälle kommt eine Genesung; in London auf 16, in Yorkshire auf 8. Auch in Irland soll die Seuche aufgetreten sein, wie man jetzt wieder berichtet; doch läßt sich bei den so häufigen Behauptungen und den eben so häufigen Widerlegungen gleicher Art dem Thatbestande noch nicht auf den Grund kommen.

Dänemark.

Aus Kopenhagen wird telegraphisch gemeldet, daß in dem Befinden des Königs Besserung eingetreten ist.

Italien.

Nach Berichten aus Florenz v. 7. Dec. wurden Crispi, Depretis und Deluca zu Vicepräsidenten der Kammer gewählt. Am 8. d. fand die engere Wahl für die vierte Vicepräsidentenstelle zwischen Pisinelli und Restelli statt.

Rußland.

Der aus dem Militärdienst entlassene Fähndrich Biernacki vom Smoleńsker 25. Infanterie-Regiment des Generaladjutanten Grafen Adlerberg I. wurde durch Bestätigung des Urtheils des Warschauer Militärcommandirenden wegen Diebstahls, Bedrohung seiner Frau mit dem Tode und schlechter Conduite, nach Verlust des Ranges, des St. Annen-Ordens 4. Classe, der Medailen für die Vertheidigung Sebastopols und zur Erinnerung des Feldzugs 1853 bis 1856, dann aller Standesrechte zur Ansiedelung im Gouvernement Tomsk verurtheilt.

Im adeligen Club in Wilna fand am 8. v. Mts. (v. s.) zu Ehren des Grafen Murawiew ein Diner für 170 Personen statt. Herr Korniłow sprach von den dem Lande geleisteten Verdiensten des abwesenden Grafen, dem man telegrapisch eine entsprechende Begrüßung gesandt hatte.

Aus Warschau wird gemeldet, daß dort der Staatssecretär Minister Platanoff, welcher die Interessen Polens beim Throne zu vertreten hat, eingetroffen sei, um sich durch eigene Anschauung zu überzeugen, ob es nicht schon an der Zeit wäre, in dem in Polen jetzt herrschenden, viel angefochtener Systeme eine Aenderung eintreten zu lassen. Unter dem Vorsitze Platanoff's versammelte sich der hohe Rath und gelangte zu dem Beschlusse — Alles beim Alten bestehen zu lassen, und zwar nur deshalb, weil ein Systemwechsel jetzt den Anschein gewinnen würde, als seien es, im Hinblicke auf Galizien und den dort von Seiten der Regierung sich kundgebenden Geist der Versöhnlichkeit, Rücksichten der höheren Politik, welche die Regierung zwingen, Concessionen zu machen.

Amerika.

Von der mexicanischen Gränze wird gemeldet, die Kaiserlichen hätten in ein den Bundestruppen gehöriges Kanonenboot auf dem Rio Grande geschossen, so daß die Mannschaft sich retten und das Boot verlassen mußte. General Weitzel habe Aufklärung gefordert; von der Correspondenz zwischen Weitzel und Mejia betreffs des Kaiserl. Kanonenboots „Elantora“ verlautet noch nichts Näheres.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 11. December.

α Se. M. Kaiser Ferdinand hat, wie „Słowo“ berichtet, für ruthenische Kirchen in den Lemberger Erzdiöcese folgende Summen geschenkt: zum Ausbau der abgebrannten Kirche in Zborowa 500 fl.; zur inneren Ausschmückung der Kirche im Dorf Bużek 200 fl. und im Dorf Markowaes bohorodżaner Dekanats, 200 fl., endlich zum Bau der Kirche in Lipica dolna 200 fl.

* Wie wir hören, wird in den nächsten Tagen eine musikalische Soirée der Krakauer Liedertafel (für die Mitglieder) unter Mitwirkung der Musikcapelle des k. k. Regiments „Herzog von Württemberg“ stattfinden. (Das beabsichtigte Wohlthätigkeits-Concert ist für später verschoben.) In derselben kommen u. a. die Ouverture zu Mendelsohns „Athalie“, ein großer Chor von demselben, ein Clavierconcert von Beethoven mit Orchester, Violin-Concert und mehrere Gesangstücke zur Aufführung. Alle Sonntage früh (11 Uhr) versammelt sich eine Anzahl von Mitgliedern im Redoutensaale zur Einübung der gemischten Chöre, wozu alle Mitglieder-Volontäre bestens eingeladen sind.

* Im deutschen Theater wurde vorgestern das französische Lustspiel „die Gefangenen der Czarin“, ein Schluck vom „Glas Wasser“, vor abermals spärlich besuchtem Hause recht hübsch abgespielt. Besonders führten Fr. Ernst als Czarewna und Herr Woller als falscher Curland ihre Rollen mit Anstand durch. Gleich gut hatten Hr. Kochański, dem die dramatische Situation mehr auf den Leib paßt als die komische, und Hr. Paulmann, dem die komische zusagender, die ihrigen aufgefaßt. Frl. Holzbauer war als Fedora in kurzem Kleidchen und mit langen Flechten (so muß die Russin aussehen — auf der Bühne) an ihrem Platz. Die Darsteller wurden am Schluß gerufen. Zaitz's „Fitzliputzli“ erlebte die Reprise in der schon besprochenen Besetzung.

Im polnischen Theater erhielt gestern bei wie immer vollem Hause das alte Bühnenstück Kaisers „des Schauspielers letzte Rolle“ durch Hrn. Jasiński, dessen ausgezeichnetes Spiel durch fortwährenden Applaus unterbrochen und durch Hervorrufe nach jedem Act belohnt wurde, neues Interesse. Hr. Jasiński wurde durch die Mitspielenden besonders H. Hennig und Fr. Benda wacker unterstützt. Die Reprise von „Sto za sto“ hatte wieder in Fr. Modrzejewska, Herren Benda und Wolski applaudirte Darsteller.

†† Gestern früh versuchte ein Mädchen in einer hiesigen Spezereihandlung eine falsche Fünfgulden-Note auszugeben, die Note wurde jedoch als falsificirt erkannt und die Ausgeberin angehalten. Bei der sogleich vorgenommenen Revision in der Wohnung ihrer Eltern wurden in dem Tische ihres Bruders, eines 17jährigen Gymnasialschülers, das Original einer Fünfgulden-Note, welche er zu seiner Copie benützte und die dazu verwendeten Tusche und Stifte gefunden. Der junge Fälscher, welcher seine That gestand, wurde dem Strafgerichte übergeben.

†† Gestern Abends gegen 8 Uhr wurde der westliche Horizont unserer Stadt von einer hellen Flammenröthe gefärbt. Es brannte ein Bauernhaus sammt Stallung und Scheuer der nahen Wola justowska auf der Anhöhe hinter dem Schlößchen bis auf den Grund ab. Zum Glücke standen die Gebäude isolirt, so daß sich das Feuer, trotz des heftigen Windes, der gerade während des Brandes herrschte, nicht weiter verbreiten konnte. Das Licht, welches von den Flammen ausging, war so intensiv, daß von den höheren Punkten der Stadt die ganzen Umrisse des Schlosses in Wola bis auf die zierlichen Säulchen und Arkaden seiner Gallerien deutlich sichtbar waren.

α Der k. k. Hofrath und Regierungscommissär im Lemberger Landtage Hr. v. Possinger wurde der „Gaz. nar.“ zufolge vom Herrn Staatsminister nach Wien berufen. Am 9. d. ist er dahin abgereist und kehrt am 14. wieder zurück. Die Ursache dieser Berufung soll die Angelegenheit der Landesfonds sein.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Die Aufhebung der Wuchergesetze soll gegen eine jüngst aufgestellte Behauptung dennoch in nächster Zeit ins Werk gesetzt werden.

Berlin, 9. December. Böhmische Westbahn 72. — Gal 88. Staatsb. 113. — Freiwill. Anlehen 100. — 5perc. Met. 59½ — Nat.-Anl. 62¼. — Credit-Lose 75½. — 1860er-Lose 79½. — 1864er Lose 48⅝. — 1864er Silber-Anleh. 67⅞. — Credit-Actien 75¼ — Wien 94⅞.

Frankfurt, 9. Decbr. 5perc. Metall. —.— Anlehen vom Jahre 1859 69¼. — Wien 110⅞. — Bankactien 843 — 1854er Lose 72½. — Nat.-Anlehen 60⅝. — Credit-Actien 174.62 — 1860er Lose 79⅝. — 1864er Lose 85¼. — Staatsbahn — 1864er Silber-Anl. 67½. — American. 67⅞.

Hamburg, 9 Decbr. Nat.-Anl. 61. — Credit-Actien 73⅞. — 1860er Lose 78¼. — American. —. — Wien ——.

Paris, 9. December. Schlußcourse: 3percent. Rente 68.82. — 4½perc. Rente 97.30. — Staatsbahn 428. — Credit-Mobilier 882. — Lombard 420. — Oester. 1860er Lose —. — Piemont. Rente 65.05. — Consols 87⅝. — Oesterr. Anlehens-Oblig. 346.25.

Krakauer Cours am 9. Dec. Altes polnisches Silber für fl. 100 fl. p. 113 verl., 110 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 121 verl. 118 gez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 100 fl. pol. 85¼ verlangt, 83¼ bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 486 verl., 476 bez. — Russische Silberrubel für 100 Rubel fl. österr. W. 139½ verl., 136½ bez. — Preuß. oder Vereinsthaler für 100 Thaler fl. ö. W. 159 verl, 156 bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler 95⅞ verl., 94⅞ bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währung 106½ verl., 105¼ bez. — Vollw. österr. Rand-Dukaten fl. 5.12 verl. 5.02 bez. — Napoleondors fl. 8.55 verl., fl. 8.40 bez. — Russische Imperials fl. 8.80 verl., fl. 8.65 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in ö. W. 70.— verl. 69.— bez. — Gal. Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in C.-Mze. fl. 73.25 verl., 72.25 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 69.75 bez. 68.75 bez. — Actien der Carl Ludwig-Bahn. ohne Coupons fl. östr. Währ. 191.— verl., 189.— bez.

Neueste Nachrichten.

Brüssel, 9. December. Im „Moniteur belge“ wird das nachfolgende Bulletin veröffentlicht: „Es ist eine erhebliche Verschlimmerung im Allgemeinbefinden des Königs eingetreten. Wimmer. De Roubaix.“

Privatnachrichten vom 8. d. Abends zufolge liegt der König bereits im Todeskampfe und hegte man Besorgnisse für diese Nacht. Der Ministerrath ist versammelt.

Brüssel, 10. Dec. Der „Moniteur belge“ veröffentlicht heute folgendes Bulletin: „Die Erschöpfung des Königs macht rapide Fortschritte.“

Palais Laeken, 9. Dec., 10 Uhr Abends.

Wimmer. De Roubaix.

Stockholm, 8. December. Der Priesterstand nahm heute ohne Abstimmung das Repräsentations-Reformgesetz an. Dasselbe ist mithin allseitig angenommen. Es werden großartige Freudenbezeugungen vorbereitet.

Paris, 10. Dec. Dem „Moniteur“ zufolge sind die Zinsen der Schatzscheine auf 2½, beziehungsweise 3 und 3½% festgesetzt worden.

Nach den letzten Berichten aus Westindien ist die Insurrection in Cap Haitien unterdrückt. Der Hafen ist wieder frei.

Florenz, 9. Dec. Die „Amtliche Ztg.“ stellt es in Abrede, daß die Cholera sich in Florenz gezeigt habe.

Rom, 9. Dec. Der Delegat von Frosinone hat eine gemischte Commission niedergesetzt um die Briganten summarisch abzuurtheilen. Eine Vereinigung von 3 bewaffneten Briganten wird als Bande betrachtet; die einer solchen Angehörigen werden erschossen. Jeder gewaffnete Brigant, der nicht einer Bande angehört, wird zu lebenslänglicher Galeerenstrafe verurtheilt werden. Für die Festnahme eines Briganten wird eine Prämie von 500 Thalern, für die eines Bandeschefs eine Prämie von tausend Thalern zugestanden.

Die in Triest am 9. eingetroffene Levantepost bringt Nachrichten aus Constantinopel, 1. Dec. Die diplomatische Conferenz zur Verhütung der Ausbreitung der Cholera wird erst Mitte Jänner zusammentreten. — Hier kommen noch immer einzelne Cholerafälle vor. — In Syrien, Damascus und Latakia ausgenommen, ist die Seuche erloschen; in Bagdad und Bassora fortdauernd; auch in Smyrna noch einzelne Fälle.

Athen, 2. Dec. Der Zwist mit dem italienischen Gesandten ist ausgeglichen, nachdem der Minister Deligiorgis strenge Bestrafung der Schuldigen versprochen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Amtsblatt.

Kundmachung. (1252. 1)

Erkenntniß.

Das k. k. Landes- als Preßgericht in Venedig hat mit dem Erkenntnisse vom 2. d. M. Z. 16991 und 16992 die Druckschriften:

„Liriche di Giulio Uberti, Milano, Tipografia di Pietro Agnelli 1862" und

„L'Europa e la casa d'Austria per Luigi Sailer, Milano, Dottor Francesco Vallardi, Tipografo edittore con stabilimento di sterotipia e d'incisione in legno 1865" wegen des durch ihren Inhalt begangenen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe § 65 a. St. G. verboten.

Nr. 62427. **Kundmachung.** (1245. 3

Am k. k. akademischen und II. Obergymnasium in Lemberg kommen je eine Lehrerstelle, mit welchen ein Gehalt jährlicher 945 fl. ö. W. mit dem Rechte der Vorrückung in die höhere Gehaltsstufe jährlicher 1050 fl. ö. W. und dem systemmäßigen Anspruche auf Decennalzulagen verbunden ist, zur Besetzung.

Für diese Stellen wird die Befähigung zum Lehramte der classischen Philologie nach den Bestimmungen des Prüfungsgesetzes für das Gymnasiallehramt (§ 5 Punct 1, lit. a oder c) erfordert.

Die Befähigung zur Ertheilung des deutschen Sprachunterrichtes in den oberen Classen des Gymnasiums verleiht unter sonst gleichen Umständen den Vorzug vor andern Mitbewerbern.

Zur Besetzung dieser Lehrerstellen wird der Concurs bis 20. Dezember 1865 ausgeschrieben.

Bewerber um diesen Dienstposten haben ihre an das hohe Staatsministerium stilisirten Gesuche innerhalb der Concursfrist bei der k. k. galizischen Statthalterei unmittelbar, oder wenn sie bereits in öffentlichen Diensten stehen, mittelst der vorgesetzten Behörde unter Nachweisung ihrer Studien so wie der erlangten Lehrbefähigung zu überreichen.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 19. November 1865.

Z. 31659. **Kundmachung.** (1246. 2-3)

Zur Sicherstellung einiger Deckstoffslieferungen im Saybuscher Straßenbaubezirke für die drei auf einander folgenden Jahre 1866, 1867 und 1868 wird bei dem k. k. Straßenbaubezirke in Saybusch die Offertverhandlung vorgenommen werden.

Die approximativen Erfordernisse für das Jahr 1866 sind folgende:

1. Ausgeschlägelter Solaflußsteine:
3. Meile 4/4 der Karpathenhauptstraße 60 Prismen à 2 fl. 41.5 kr. . . . . 144 fl. 90 kr.
4. Meile 1/4 der Karpathen-Hauptstraße 60 Prismen à 2 fl. 96.5 kr. . . . . . . 177 fl. 90 kr.
4. Meile 2/4 der Karpathen-Hauptstraße 60 Prismen à 1 fl. 91.5 kr. . . . . . . 114 fl. 90 kr.

2. Geschlägelter Stein aus dem Kocierz'er Bache:
4. Meile 3/4 der Karpathen-Hauptstraße 50 Prismen à 2 fl. 9.5 kr. . . . . . . 104 fl. 75 kr.
4. Meile 4/4 der Karpathen-Hauptstraße 50 Prismen à 2 fl. 24.5 kr. . . . . . . 112 fl. 25 kr.

3. Aus dem Steinbruche Nr. VIII.
5. Meile 1/4 der Karpathen-Hauptstraße 40 Prismen à 2 fl. 40 kr. . . . . . . 96 fl. — kr.
5. Meile 2/4 der Karpathen-Hauptstraße 40 Prismen à 2 fl. 74 kr. . . . . . . 109 fl. 60 kr.

4. Aus dem Steinbruche Nr. IX.
5. Meile 3/4 der Karpathen-Hauptstraße 40 Prismen à 2 fl. 36.5 kr. . . . . . . 92 fl. 64 kr.
5. Meile 4/4 der Karpathen-Hauptstraße 40 Prismen à 2 fl. 70.5 kr. . . . . . . 108 fl. 20 kr

5. Aus geschlägeltem Steine aus dem Cerna-Bache:
1. Meile 1/4 der Saybusch-ungarischen Straße 60 Prismen à 3 fl 28 kr. . . . . . . 196 fl. 80 kr.

6. Aus dem Steinbruche Nr II.
1. Meile 3/4 der Saybusch-ungarischen Straße 40 Prismen à 3 fl. 22 kr. . . . . . . 128 fl. 80 kr.
1. Meile 4/4 der Saybusch-ungarischen Straße 40 Prismen à 2 fl. 36 kr. . . . . . 94 fl. 40 kr.
2. Meile 1/4 der Saybusch-ungarischen Straße 40 Prismen à 3 fl. 11.5 kr. . . . . 124 fl. 60 kr.

7. Aus dem Steinbruche Nr. III.
2. Meile 2/4 der Saybusch-ungarischen Straße 40 Prismen à 1 fl. 12 kr. . . . . . 44 fl. 80 kr.
2. Meile 3/4 der Saybusch-ungarischen Straße 20 Prismen à 2 fl. 41 kr. . . . . . 48 fl. 20 kr.

8. Geschlägelter Stein aus dem Sola-Fluße:
2. Meile 4/4 der Saybusch-ungarischen Straße 20 Prismen à 2 fl. 32 kr. . . . . . 46 fl. 40 kr.
3. Meile 1/4 der Saybusch-ungarischen Straße 20 Prismen à 2 fl. 08 kr. . . . . . 41 fl. 60 kr.

Summa . 1786 fl. 74 kr.

Die gedruckten allgemeinen und litographirten speciellen Bedingnisse können beim Saybuscher Straßenbaubezirke mit dem Bemerken eingesehen werden, daß sich bei der Bestätigung der einzelnen Anbote genau nach dem § 7 der speciellen Bedingnisse gehalten werden wird; vermöge dessen diejenigen Straßenstrecken, welche aus einem Materialerzeugungsplatze mit Deckstoff zu versehen sind, nicht getheilt werden können, daher nur solche Anbote angenommen werden, welche alle jene Meilenviertel umfassen, welche nach der obigen Zusammenstellung zu einem Erzeugungsplatze gehören.

Unternehmungslustige werden eingeladen, ihre mit dem 10% Vadium belegten Offerte längstens bis Samstag den 23. Dezember d. J. als dem festgesetzten Präclusivtermine beim Saybuscher k. k. Straßenbaubezirke einzubringen.

Acht Tage nach diesem Termine d. i. am 30. Dezember 1865 werden die eingelangten Offerten in Gegenwart zweier Zeugen eröffnet werden, welcher Eröffnung beizuwohnen den Offerenten unbenommen bleibt.

Gemeindebevollmächtigte, welche vom Erlage der Caution befreit werden wollen, haben ihren Anboten eine mindestens von 2/3 der Gemeindemitglieder gefertigte Vollmacht, daß das Offert thatsächlich im Namen und unter Verantwortung der ganzen Gemeinde geschieht, beizubringen.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, 1. Dezember 1865.

N. 33150. **Kundmachung.** (1244. 3)

Der k. ungarische Statthalterei-Rath in Ofen hat unterm 16. l. M. anher eröffnet, daß die Rinderpest in ganz Ungarn nach einem vierjährigen Bestande vollkommen erloschen ist und der verbotene Verkehr mit Hornvieh wieder freigegeben wurde.

Diese erfreuliche Nachricht wird mit dem Beisatze zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß der Eintrieb von Hornvieh und die Einfuhr der davon herstammenden Handelsartikeln aus ganz Ungarn in das Krakauer Verwaltungsgebiet gegen Beibringung legaler Viehpässe für ersteres gestattet wird.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 30. November 1865.

L. 21563. **Edykt.** (1253. 1-3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie wzywa wszystkich tych, którzyby skrypt przez Franciszka Gostkowskiego i Zofię Gostkowską, w Łętowni dnia 21 września 1807 na sumę 20000 złp w stanie biernym części dóbr Łętownia średnia zwanéj w poz. 22 ciężarów intabulowaną, na rzecz Maryanny, Piotra, Teofili i Joanny Strawińskich wystawiony, w rękach swych mieli, aby takowy w przeciągu jednego roku, 6 tygodni i trzech dni od publikacyi tego edyktu licząc okazali i swoje prawa do tego skryptu sądownie udowodnili, w przeciwnym bowiem razie skrypt ten jako nieistniejący uważany i amortyzowany zostanie.

Kraków, dnia 28 listopada 1865.

L. 2396. **Edykt.** (1233. 2-3)

Przez c. k. Urząd powiatowy jako Sąd czyni się wiadomo, że w dniu 3 sierpnia 1855 roku w Raciborsku zmarł Jan Bodzioch z pozostawieniem majątku, do którego wedle prawnego dziedzictwa jest powołany jego syn Marcin raczéj Mateusz Bodzioch. Sąd nie znając pobytu tego Mateusza Bodziocha wzywa takowego, żeby w przeciągu roku jednego, od dnia niżéj wyrażonego licząc, zgłosił się w tymże Sądzie i oświadczenie się za dziedzica wniósł, w przeciwnym bowiem razie spadek byłby pertraktowany z dziedzicami, którzy się zgłosili i z kuratorem Marcinem Świętowiec dla niego ustanowionym.

Z c. k. Sądu powiatowego.

Wieliczka, dnia 30 września 1865.

L. 121. **Obwieszczenie.** (1239. 2-3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie uchwałą z dnia 5 września 1865 r., l. 16211 z uwagi, iż p. Kazimierz hr. Potulicki nabywca sumy 23290 złr. 42½ kr. a w. na dobrach Bobrek intabulowanéj, a w drodze publicznéj licytacyi na dniu 24 czerwca 1864 r. sprzedanéj, warunkom licytacyi z dnia 29 grudnia 1863 r l. 20792 zadość nie uczynił, odpowiednio do warunków licytacyi dnia 29 grudnia 1863 do l. 20792 w drodze egzekucyi prawomocnego wyroku byłego trybunału w Krakowie wydz. I. z dnia 20 stycznia 1854 celem zaspokojenia sumy 10100 złp, monetą polską srebrną lub w banknotach austryackich według kursu dnia wypłaty wraz z procentem po 5% od dnia 17 kwietnia 1857 r. wedle poz. ks. gł, gm. IX. vol. nov. 1, pag. 508, n. 103 on. ad n. 73 i 96 on. na rzecz Lazara Maschlera i Aschera Eibenschütza w stanie biernym takiéj części sumy 24500 złr. m. k. wedle poz. ks. gł. g. IX, vol. nov. 1, pag. 30, n. 43 on. w stanie biernym dóbr Bobrek z przyległościami na rzecz Justyny hr. Węgierskiéj zaintabulowanéj, jaka po potrąceniu sum 2000 złp. z przyn. Ambrożemu Grabowskiemu n, 63 on. i sumy 5000 złp. z przyn. Mateuszowi Rogowskiemu n. 68 on. atrybuowanych pozostaje, czyli wobec tego, iż obie te sumy z procentem i kosztami 2434 złr. 53½ kr. w. a. wynoszą, w stanie biernym sumy 23290 złr. 42½ kr. w. a. ubespieczonéj, dozwolił na koszt i niebespieczeństwo p. Kazimierza hr. Potulickiego, przymusową relicytacyą sumy 23290 złr. 42½ kr. a. w. części ze sumy 24500 złr. m. k. czyli 25725 złr. a. w., jaka po potrąceniu w poz. 63 i 68 on. atrybuowanych pretensyj pozostanie.

W myśl więc powołanéj uchwały do relicytacyi powyższéj termin na dzień 17 stycznia 1866 r. o godzinie 10 przed południem w kancelaryi notaryusza Faustyna Żuka Skarszewskiego przy ulicy św. Rocha nr. 460, dz. I. w Krakowie (1 piętro) wyznaczonym zostaje. Wadyum licytacyjne wynosi 475 złr. w. a. które w gotówce, w obligacyach państwa lub listach zastawnych galicyjskich wedle ich kursu stósowne być winno.

Bliższe warunki licytacyi każdego czasu w biórze notaryusza Żuka Skarszewskiego przejrzane być mogą.

O czém chęć licytowania mających zawiadamiam.

Kraków, dnia 25 listopada 1865.

W zastępstwie not. Żuka Skarszewskiego

Stefan Muczkowski,

c. k. notaryusz jako del. kom. sąd.

Z. 26250. **Licitations-Ankündigung.** (1249. 2-3)

Vom Magistrate der k. Hauptstadt Krakau wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß zur Verpachtung des Geflügel-Aufschlages bei der israelitischen Cultus-Gemeinde auf die Zeit vom 1. Jänner 1866 bis 31. Dezember 1866 am 20. Dezember 1865 im Magistratsgebäude im V. Departemente bis 6 Uhr Abends eine Versteigerung mittelst schriftlicher Offerte abgehalten werden wird.

Der Ausrufspreis beträgt 9191 fl. ö. W.

Das Vadium beträgt 920 fl. ö. W.

Die Licitationsbedingnisse können im Bureau des V. Magistrats-Departements eingesehen werden.

Krakau, am 4. Dezember 1865.

Nr. 18630. **Edict.** (1241. 2-3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird den Nāche oder Nache Goldwänder und Naftali Goldwänder mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider dieselben Chiel Fränkel wegen der Wechselsumme von 140 fl. ö. W. s. N. G. unterm 27. September 1865 Z. 14966 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unterm 2. October 1865 Z. 14966 ein Zahlungsauftrag erflossen ist.

Da der Aufenthaltsort der Belangten Nāche oder Nacht Goldwänder und Naftali Goldwänder nicht ermittelt werden konnte, so hat das k. k. Tarnower Kreisgericht zu deren Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den hiesigen Advocaten Hrn. Dr. Hoborski mit Substituirung des Adv. Hrn. Dr. Serda als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangten erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnow, den 2. December 1865.

L. 2875. **Ogłoszenie.** (1234. 3)

C. k. Sąd powiatowy w Radłowie podaje niniejszém do publicznéj wiadomości, że wskutek prośby Antoniego Foltyna w celu zaspokojenia pretensyi temuż w kwocie 44 złr. w. a. przyznanéj z kosztami 12 złr. 33 kr. i 8 złr. 61 kr. w. a. dłużnikowi Janowi Łazarzowi zajęta realność, a mianowicie dom mieszkalny i 7 morgów gruntu we Woli radłowskiéj, na 370 złr. oszacowana, w drodze przymusowéj licytacyi w kancelaryi c. k. Sądu powiatowego Radłowskiego na dniu 10 stycznia 1866 o godzinie 10 przed południem za cenę szacunkową lub wyżéj téjże najwięcéj ofiarującemu sprzedaną będzie.

Warunki licytacyjne przed zaczęciem licytacyi ogłoszone zostaną.

Radłów, dnia 15 listopada 1865.

Anzeigeblatt.

Ankündigung. (1247. 3)

In der Vergleichsmasse des Hrn. Felix Gumplowicz in Krakau, wird der Termin zum Vergleiche auf den 20. Dezember 1865 um 10 Uhr Vormittags bestimmt, zu welchem alle Gläubiger in meine Amtskanzlei sub Nr. 83 Gm. VII (Piasek) vorgeladen werden.

Krakau, am 5. Dezember 1865

Franz Jakubowski,

k. k. Notar als Gerichts-Commissär.

Kundmachung. (1242. 3)

Die durch den Umbau der Weichselbrücke bei Oświęcim gewonnenen alten Brückenhölzer werden in öffentlicher Versteigerung am 13. d. M. an Jedermann gegen sogleichen Erlag der Erstehungssumme an Ort und Stelle hintangegeben.

Krakau, am 5. Dezember 1865

Im Auftrage der Direction der a. p. kais. Ferd. N.-Bahn

Potyka,

Ob.-Ing. u. Bahn-Abth.-Vorstand.

Wiener Börse-Bericht

vom 9. Dezember.

Offentliche Schuld.

A. Des Staates.	Geld	Waare
In Oestr. W. zu 5% für 100 fl.	58.40	58.60
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.		
mit Zinsen vom Jänner — Juli	64.50	64.80
vom April — October	64.50	64.80
Metalliques zu 5% für 100 fl.	61.60	62.—
detto „ 4½% für 100 fl.	55.—	55.50
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	138.5	139.50
„ 1854 für 100 fl.	79.—	79.50
„ 1860 für 100 fl.	92.—	92.25
Prämienscheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	76.30	76.5[illegible]
„ „ „ „ zu 50 fl.	—.—	—.—
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	18.—	18.25
B. Der Kronländer.		
Grundentlastungs-Obligationen		
von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl.	82.50	83.50
von Mähren zu 5% für 100 fl.	81.50	82.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	88.25	88.75
von Tirol zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	84.—	88.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	69.50	70.25
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	68.25	68.75
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	70.50	71.0
von Galizien zu 5% für 100 fl.	67.25	67.75
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	64.25	65.25
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	66.25	66.75
Actien (pr. St.)		
der Nationalbank	759.—	761.—
der Credit-Anstalt zu 200 fl. östr. W.	157.20	157.40
der Niederöst. Escompte-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W.	581.—	583.—
der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. CM.	1650.	1652.
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	178.20	178.40
der vereinigten südöster. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr.	176.50	177.50
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	120.—	120.50
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	186.75	187.—
der Lemberg-Czernowitzer Eisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 35% Einz.	67.—	69.—
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	152.—	153.—
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	109.50	110.—
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147.—
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	439.—	441.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	215.—	218.—
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W.	390.—	395.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	368.—	370.—
Pfandbriefe		
der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl.	104.—	104.50
auf C.-M. verlosbar zu 5% für 100 fl.	92.—	92.25
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	87.75	88.—
Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl.	—.—	—.—
Lose		
der Credit-Anstalt zu 100 fl. östr. W.	118.75	119.—
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM.	75.50	76.50
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM.	108.50	109.50
„ „ „ zu 50 fl. CM.	48.25	48.75
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W.	21.—	22.—
Esterhazy zu 40 fl. CMze	62.—	66.—
Salm zu 40 fl. „	25.50	26.—
Palffy zu 40 fl. „	21.50	22.50
Clary zu 40 fl. „	21.50	22.50
St. Genois zu 40 fl. „	21.50	22.50
Windischgrätz zu 20 fl. „	14.50	15.50
Waldstein zu 20 fl. „	16.—	17.—
Keglevich zu 10 fl. „	12.—	12.50
K. k. Hoffpitalfond zu 10 fl. österr. Währ.	11.75	12.—
Wechsel. 3 Monate.		
Bank- (Platz-) Sconto		
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 6%	88.60	88.70
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddent. Währ. 5½%	88.65	88.75
Hamburg, für 100 M. B. 5%	78.80	79.—
London, für 10 Pf. Sterl. 6%	105.30	105.50
Paris, für 100 Francs 4%	42.10	42.20

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl.	kr.	fl.	kr.	Letzter Cours fl.	kr.	fl.	kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	5	08	—	—	5	08	5	09
„ vollw. Dukaten	5	08	—	—	5	08	5	09
Krone	—	—	—	—	—	—	—	—
20 Francstücke	—	—	—	—	8	47	8	48
Russische Imperiale	—	—	—	—	8	70	8	75
Silber	—	—	—	—	105	50	106	—

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres.

Abgang

von **Krakau** nach Wien 7 U. 10 M. Früh, 3 U. 30 M. Nachm.; — nach Breslau, nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von **Wien** nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von **Ostrau** nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von **Lemberg** nach Krakau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in **Krakau** von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 21 Min. Abends; — von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Ostrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Minut. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 11 Min. Früh, 2 Uhr 51 Min. Nachm.; — von Wieliczka 6 Uhr 15 Min. Abends. —

in **Lemberg** von Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf n Paris. Linie 0° Reaum. red.	nach Reaumur Temperatur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe des Tages von	bis
10	2	334‴ 49	— 0°4	84	West mittel	heiter		—3°4	—0°2
	10	33 08	— 0,8	96	„ „	trüb			
11	6	31 47	+ 0,4	96	„ „	„	Schnee		

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**